

Beyfuß, Jörg

**Article — Digitized Version**

## Durchstarten oder nicht?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Beyfuß, Jörg (1971) : Durchstarten oder nicht?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 2, pp. 82-83

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134224>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Durchstarten oder nicht?

Jörg Beyfuß, Köln

**D**urchstarten oder nicht? Diese Kurzformel steht für die aktuelle gegensätzliche Auseinandersetzung, die der ambivalenten konjunkturellen Situation angemessen ist. Es geht um die bestmögliche Prozeßpolitik in einer Phase, in der das Ziel der Geldwertstabilität noch nicht erreicht ist und eine ernsthafte Gefährdung des Zieles „befriedigendes Wachstum bei Vollbeschäftigung“ für den weiteren Verlauf des Jahres nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Positionen in dieser Diskussion werden durch das Gewicht bestimmt, das der Einzelne den konträren Zielen beimißt. Insofern könnte man diese Diskussion unter der normativen Rubrik „Wachstumsfanatiker kontra Stabilitätsapostel“ ablegen. Denn die gegenwärtig diagnostizierbaren Fakten können zur Stützung beider Positionen benutzt werden.

Die rückläufige Nachfrage nach Investitionsgütern, die Normalisierung der Kapazitätsauslastung, vereinzelte Meldungen von Kurzarbeit und Entlassungen, die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und die zunehmende Verschlechterung des Geschäftsklimas stützen die Meinung derjenigen, die eine Rezession befürchten. Die Gegenpartei kann auf den anhaltend hohen Anstieg der Effektivverdienste, der Lohnstückkosten und des in der Öffentlichkeit stark beachteten Lebenshaltungspreisindex verweisen.

## Faszinierende Parole

Wenn man jedoch berücksichtigt, daß sich die statistischen Argumente der zweiten Gruppe auf Indikatoren stützen, die erfahrungsgemäß mit einem „lag“ behaftet sind, während die „Durchstarter“ auf die „lead“-Eigenschaften beispielsweise der Auftragseingänge verweisen und zudem das Argument der Wirkungsverzögerungen des prozeßpolitischen Instrumentariums anführen können, dann kann der Paroie des Durchstartens eine gewisse Faszination nicht abgestritten werden. Ja, sie drängt sich geradezu als Strategie einer rationalen Prozeßpolitik auf. Denn die Chikagoer

Schule begründet beispielsweise ihre Kritik an der Fiskalpolitik gerade damit, daß sie nicht zuletzt wegen des permanenten „zu spät“ versagt habe.

Dennoch: der Vergleich des Durchstartens bedient sich eines Bildes, das das Wiederhochreißen eines abwärts gerichteten Trends als problemlose Geschichte vortäuscht. Neben den grundsätzlichen Zweifeln, ob die Konjunktur in dem Maße steuerbar ist, daß ein Trend kurzerhand umgedreht werden kann, drängt sich die Frage auf, welche Instrumente zu welchen Kosten denn überhaupt in der aktuellen Situation zur Verfügung stehen, um die abwärts gerichtete Tendenz in der Richtung zu ändern.

## Eindrucksvolles Instrumentarium

Zweifellos ist das wirtschaftspolitische Arsenal eindrucksvoll:

Die Konjunkturausgleichsrücklage – im Bundesbankausweis wird sie mit knapp 3 Mrd. DM beziffert – könnte aufgelöst werden und zur Finanzierung von zusätzlichen öffentlichen Investitionen benutzt werden.

Der Konjunkturzuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer könnte umgehend beseitigt werden und die angesammelten Mittel in Höhe von 2,2 Mrd. DM könnten frühzeitig, also noch in diesem Jahr, zurückgezahlt werden.

Die Investitionssteuer, die im Jahre 1971 noch 4 % beträgt, könnte vorzeitig völlig beseitigt werden.

Hinzu kämen im Notfalle die Möglichkeiten, die das Stabilitätsgesetz anbietet, also beispielsweise die Einführung einer Sonderabschreibung und die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer um höchstens 10 %.

*Jörg Beyfuß, 31, Dipl.-Volkswirt, ist Referent für Konjunktur- und Währungspolitik in der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Deutschen Industrieinstituts, Köln.*

Wie würde der Einsatz dieses Potentials wirken? Die Mittel der Konjunkturausgleichsrücklage müßten gemäß § 6 Stabilitätsgesetz zur Finanzierung von Investitionsvorhaben verwendet werden. Die Erfahrungen mit den beiden Investitionsprogrammen von 1967 haben gezeigt, daß öffentliche Investitionsprogramme zum vorwiegenden Teil dem Bausektor zugute kommen. Da sich in diesem Sektor die Beschäftigungslage überdurchschnittlich verschlechtert hat, wäre dieses Faktum aus beschäftigungspolitischer Sicht zu begrüßen.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß nach dem jüngsten Ifo-Test die Geräteauslastung im Bausektor gegenwärtig 72,5% beträgt. Die öffentlichen Aufträge stießen somit auf freie Kapazitäten, so daß der multiplikative Effekt verhältnismäßig gering anzusetzen wäre.

Über die Wirkungen der vorzeitigen Aussetzung und frühzeitigen Zurückzahlung des Konjunkturzuschlags sind nur Spekulationen möglich. In welchem Grad das so geschaffene zusätzliche Nachfragepotential zur effektiven Nachfrage wird, ist eine Frage der konjunkturellen Erwartungen der Verbraucher. Setzte sich eine gewisse Krisenfurcht durch, könnte es sein, daß ein Großteil zum Vorsorgesparen verwendet würde. Nach den Ergebnissen der jüngsten Konsumentenbefragungen — wie sie von der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik in Köln durchgeführt werden — ist diese Möglichkeit nicht auszuschließen. Ist dies nicht der Fall, würde der zusätzliche Konsum in einen Bereich fließen, der zumindest in der ersten Hälfte des Jahres 1971 konjunkturstützend wirken dürfte.

#### Ungewisse Ergebnisse

Die meßbaren Ergebnisse einer bewußt auf Expansion gerichteten Politik sind somit völlig ungewiß. Hier liegt aber auch gar nicht das eigentliche Anliegen der „Durchstarter“. Sie dürften im Grunde die Position des Sachverständigenrates teilen, daß eine befriedigende konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1971 ohnehin nicht mehr möglich ist. Es kommt ihnen vielmehr darauf an, deutliche Zeichen zu setzen, die den Willen der Politiker dokumentieren, krisenhaften Entwicklungen rechtzeitig zu begegnen.

In dieser Politik des sublimen „moral suasion“ liegen jedoch Gefahren. Es würden damit Tatbestände geschaffen, die die dieser Regierung

angelastete Vollbeschäftigungsgarantie unterstrichen und die zur bestimmenden Grundlage gewerkschaftlicher wie unternehmerischer Politik würden. Man gäbe zu einem Zeitpunkt, in dem die Voraussetzungen für ein Mehr an Stabilität noch nicht geschaffen sind, den Gewerkschaften einen Freibrief für weiterhin überhöhte Lohnforderungen und schüfe so auf hohem Niveau eine neue Runde der Kosten/Preisinfation. Angesichts der Tatsache, daß man ohnehin für dieses Jahr mit einer Steigerung der Lohnstückkosten um 5,4% (Unternehmerverbände) oder gar 7,2% (Sachverständigenrat) rechnet, wäre diese Entwicklung mehr als bedenklich.

Gerade diese Bedenken werden zur Erklärung des aktuellen Zögerns der Bundesbank, ihren kreditpolitischen Kurs zu ändern, benutzt. Ein Umschalten der Fiskalpolitik auf Expansionskurs würde vermutlich die Haltung der Bundesbank verhärten. Bei dem hohen Konsolidierungsbedarf vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen ist die Fortsetzung des harten kreditpolitischen Kurses mit der Gefahr einer Liquiditätskrise verbunden, die möglicherweise konjunkturentscheidend ist als der sich gegenwärtig abzeichnende Absatzpessimismus. Zudem würde bei einer konjunkturpolitischen Rivalität zwischen Bonn und Frankfurt die Finanzierung der geplanten 15%igen Ausdehnung der öffentlichen Investitionen über den Kapitalmarkt in Frage gestellt. Die Konsequenzen dieser Rivalität wären Steuererhöhungen oder Investitionskürzungen. Beide Alternativen wären für die weitere konjunkturelle Entwicklung äußerst gefährlich.

#### Abfangstrategie ist notwendig

Eine Linie der wirtschaftspolitischen Vernunft in diesem Jahr müßte also vor allem die Voraussetzungen für einen kreditpolitischen Kurswechsel schaffen. Das kann nur eine Politik erreichen, die die Ziele Stabilität und Vollbeschäftigung gleichrangig behandelt. Dazu gehört auf der einen Seite das Bemühen, über die Konzertierte Aktion den Lohnkostenauftrieb zu dämpfen und auf der anderen Seite den Haushalt 1971, vor allem die überproportionale Expansion der öffentlichen Investitionen, planmäßig durchzuführen. Eine solche Politik — man könnte sie, wenn man ein Schlagwort braucht, Abfangstrategie nennen — schüfe die Voraussetzungen für ein gleichgewichtigeres Wachstum in den Jahren nach 1971.

**VEREINSBANK IN HAMBURG**  
 Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61  
 58 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL